

Bericht des Gemeinderats

Postulat Fraktion GFL/EVP (Ueli Stückelberger, GFL) vom 26. Oktober 2006: Ausgeglichenes Budget 2008 mit teilweiser Abtragung des altrechtlichen Bilanzfehlbetrages (06.000287)

In der Stadtratssitzung vom 24. Mai 2007 wurde das folgende Postulat der Fraktion GFL/EVP (Ueli Stückelberger, GFL) erheblich erklärt:

Die Stadt Bern hat einen altrechtlichen Bilanzfehlbetrag (ursprünglich: Fr. 324,8 Mio.), der gestützt auf kantonale Vorgaben bis 2015 abzutragen ist. In den letzten Jahren wurden plan-gemäss jährlich ca. Fr. 20 Mio. dieser Schulden getilgt. Im Budget 2007 ist keine Abtragung des altrechtlichen Bilanzfehlbetrages vorgesehen, da die Finanzlage dies zur Zeit (leider) nicht zulässt.

Gemäss Integriertem Aufgaben- und Finanzplan (IAFP 2007 – 2010) zeichnet sich fürs Jahr 2008 sogar ein Defizit von Fr. 24 Mio. ab, eine Abtragung des Bilanzfehlbetrages ist nicht vorgesehen. Am Runden Tisch werden nun Lösungen gesucht, wie die finanzielle Situation verbessert werden kann. Ein klarer Zielzustand dieses Prozesses wurde jedoch vom Gemein-derat nicht vorgelegt.

Die GFL/EVP-Fraktion hat zumindest betr. das Budget 2008 ein klares Ziel: Sie erachtet es – gestützt auf den Wissensstand von Oktober 2006 – als notwendig und möglich, dass der Ge-meinderat dem Stadtrat fürs Jahr 2008 ein ausgeglichenes Budget vorlegt. Dabei soll zugleich auch ein Teil des altrechtlichen Bilanzfehlbetrages abgetragen werden. Mit einer erneuten Verschuldung bzw. einem Hinausschieben der Rückzahlung der Schulden wird nichts gelöst, sondern nur die Problematik verschoben auf spätere Zeiten.

Der Gemeinderat hat bis zum Frühsommer 2007 genügend Zeit, entsprechende Massnahmen vorzuschlagen, einzuleiten und teilweise auch schon umzusetzen. Im Vordergrund stehen für die GFL/EVP-Fraktion strukturelle Massnahmen: Mit einer gezielten Verwaltungsreorganisa-tion mit Ziel Kosteneinsparung u.a. durch Reduktion der Ämter können erhebliche Mittel ein-gespart werden, ohne dass sich an den Leistungen viel ändert. Weiteren Handlungsbedarf sehen wir u.a. betr. die Informatikdienste, die Schulmaterialzentrale, die Schulzahnklinik, die Statistikdienste und die zentrale Bewirtschaftung der personellen Ressourcen.

Aus diesen Gründen verlangt die GFL/EVP-Fraktion, dass der Gemeinderat dem Stadtrat im Juni 2007 ein ausgeglichenes Budget 2008 mit Abtragung zumindest eines Teils des altrecht-lichen Bilanzfehlbetrages unterbreitet.

Bern, 26. Oktober 2006

Postulat Fraktion GFL/EVP (Ueli Stückelberger, GFL), Anna Magdalena Linder, Conradin Conzetti, Nadia Omar, Susanne Elsener, Erik Mozsa, Verena Furrer-Lehmann, Martin Trach-sel, Barbara Streit-Stettler, Rania Bahnan Buechi, Peter Bernasconi

Bericht des Gemeinderats

Wie in der Antwort des Gemeinderats vom 4. April 2007 bereits dargelegt, war der Gemeinderat bestrebt, dem Stadtrat ein ausgeglichenes Budget 2008 vorzulegen, was ihm auch gelungen ist.

Der Gemeinderat hat zwar die Vorgaben des Regierungsrats zur Abtragung des altrechtlichen Bilanzfehlbetrags einzuhalten. Er sah sich aber aufgrund ausserordentlicher Umstände bei der Budgetierung für das Jahr 2008 ausserstande, auf das vom Regierungsrat für die Jahre 2007 und 2008 gewährte Moratorium zur Abtragung des Ende 2006 noch in einer Höhe von 185,7 Mio. Franken betragenden Bilanzfehlbetrags zu verzichten. Vielmehr musste ein 11. Haushaltverbesserungsmassnahmen-Paket in der Grössenordnung von 25 Mio. Franken geschnürt werden. Nur so konnten die Mehrkosten 2008 (Euro 08, Kultur, Sozialversicherungen, Verkehr, Pensionskasse Polizeikorps, um nur die wichtigsten Kostensteigerungen zu nennen) ohne Budgetdefizit verkraftet und das Produktgruppen-Budget (PGB) ausgeglichen gestaltet werden. Mit der Annahme des PGB 2008 haben die Stimmberechtigten bestätigt, dass sie mit den im PGB definierten (Kern)-Aufgaben, der Verteilung der dafür notwendigen Mittel auf die einzelnen Produkte und mit der Umsetzung des 11. Haushaltverbesserungsmassnahmen-Pakets einverstanden sind.

Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass bei jeder Planung über den eigentlichen Budgetprozess hinaus und bei jeder Verwaltungsreform Aufgaben hinterfragt werden müssen. Er hat dies auch mit dem Integrierten Aufgaben- und Finanzplan 2009 – 2012 bewiesen. Dieser sieht in den ersten drei Jahren erstmals kein Defizit vor. Zurückzuführen ist dies auf die 2008 umzusetzenden Haushaltverbesserungsmassnahmen, die sich mehrheitlich auch 2009 und in den Folgejahren auswirken, aber auch auf höhere Steuereingänge und Ablieferungen der eigenen Anstalten (Gewinn- bzw. Reserveausschüttungen). Der Gemeinderat verzichtet deshalb auch auf ein Gesuch an den Regierungsrat des Kantons Bern um Verlängerung des Moratoriums zur Abtragung altrechtlicher Bilanzfehlbeträge. Das Rechnungsergebnis 2007 weist einen Überschuss von 62,4 Mio. Franken aus, so dass nun ein Vorsprung auf die Abschreibungsvorgabe des Regierungsrats von 63,8 Mio. Franken besteht. Gleichwohl soll auch in die PGB 2009 und der folgenden Jahren eine jährliche Abschreibungstranche von 20,8 Mio. oder mehr Franken aufgenommen werden, was eine vorzeitige Abtragung bis spätestens Ende 2013 erlauben würde, statt wie ursprünglich vorgesehen Ende 2015 ohne bzw. 2017 mit Moratorium.

Bern, 19. März 2008

Der Gemeinderat